Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 30 (1983)

Heft: 9

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ten gemäss Artikel 66 der Zivilschutzverordnung drucken und allen taktischen Chefs sowie den Dienstchefs der Ortsleitung abgeben. Um damit möglichst keinen Papierkrieg heraufzubeschwören, wurde die Kompetenz zum Versand dieser Karten direkt den taktischen Chefs und Angehörigen der Ortsleitung übertragen.

Diese Karte veranlasste nun einen Sektordienstchef zur Stellungnahme, dass ihm durch die Verrichtung von ausserdienstlichen Aufgaben zu viel abverlangt werde. Er stellte deshalb die Karte mit entsprechendem Kommentar dem Amt für Zivilschutz des Kantons Zürich zu. Dieses erklärte nun seinerseits, der Ausdruck «Aufgebot> dürfe für eine ausserdienstliche Tätigkeit nicht verwendet werden, dieser Ausdruck dürfe nur dann gebraucht werden, wenn es sich um ein Aufgebot (Mobilmachung) der Zivilschutzorganisation durch den Bundesrat, den Kanton oder die Gemeinden handle, sowie auf Aufgebotskarten für Dienstanlässe nach Artikel 53 und 54 Zivilschutzgesetz. Aus diesem Grunde sei für einen ausserdienstlichen Rapport der Ausdruck (Aufgebot) durch «Einladung» zu ersetzen.

Gleichzeitig wurde ich immer wieder angefragt, was unter (ausserdienstlich) im Sinne des Gesetzes zu verstehen sei. Mit einer Weisung im «Stabsbehelf> versuchte ich diesen Ausdruck zu erläutern, indem ich darauf aufmerksam machte, dass vom oberen Zivilschutzkader eine ausserdienstliche Tätigkeit im Umfang von 150 Stunden pro Jahr bzw. 3 Stunden pro Woche als zumutbar erachtet werden könne. Dieser Aufwand ist immer noch wesentlich geringer als derjenige, der zum Beispiel von Kommandanten einer Kompanie in der Armee verlangt wird.

Mit dem Entscheid des Kantonalen Amtes für Zivilschutz konnte ich mich nicht einverstanden erklären. Ich gab

deshalb einem Dozenten der Juristischen Fakultät der Universität Zürich eine Expertise in Auftrag. In diesem Gutachten wurde festgehalten, dass der Begriff «Aufgebot» vieldeutig sei. Er beinhalte sowohl das Aufgebot der Zivilschutzorganisation (also die Mobilmachung), sei aber auch für besondere Dienstanlässe im Sinne der Artikel 53 und 54 des Zivilschutzgesetzes, ja sogar zur Einberufung eines ausserdienstlichen unbesoldeten Dienstanlasses verwendbar. Zudem sei die von der Stadt Zürich gewählte Karte grafisch so gestaltet und mit einem speziellen Text versehen, zudem werde auf den Artikel 66 der Verordnung speziell aufmerksam gemacht, dass eine Verwechslung mit einem Aufgebot gemäss Artikel 53 und 54 ausgeschlossen sei. Irgendein verwaltungsrechtlicher Grundsatz werde damit nicht verletzt. Der Charakter des «Befehls zu einer ausserdienstlichen Tätigkeit bleibe gewahrt. Wer einem solchen Aufgebot nicht Folge leiste, begehe eine Ordnungswidrigkeit.

Im übrigen ist mir bekannt, dass es vereinzelt in Gemeinden anderer Kantone durchaus üblich ist, die normalen gelben Aufgebotskarten auch für ausserdienstliche und unbesoldete Anlässe zu verwenden. In einem solchen Falle wird jeweils einfach der Hinweis auf die Artikel 53 und 54 des Gesetzes gestrichen. Sicher die einfachste und zweckmässigste Lösung dieses Problems. Unseres Wissens hat es deshalb bisher noch nie Missverständnisse ge-

Abschliessend möchte ich festhalten. dass mich der vom kantonalen Amt gewählte Begriff (Einladung) in keiner Art und Weise befriedigt. Die Aufforderung zu einer ausserdienstlichen Tätigkeit wäre mit diesem Ausdruck allzu unverbindlich und würde wiederum zu Missverständnissen führen. Der «Eingeladene» würde es als in seiner Kompetenz erachten, der Aufforderung zu einer ausserdienstlichen Tätigkeit Folge zu leisten oder nicht. Mit einer solchen Interpretation würde auf jeden Fall die Bedeutung des im Artikel 66 der Verordnung festgehaltenen Wortlauts «Erfüllung einer ausserdienstlichen Pflicht> verkannt.

Das Amt für Zivilschutz des Kantons Zürich hat also nach meiner Auffassung mit seinem Entscheid das Problem nicht aus der Welt schaffen können. Ich halte es daher für unbedingt notwendig, dass der Bund eine geeignete Rechtsgrundlage schafft, die es den Chefs im Zivilschutz erlaubt, ihre Unterstellten ausserdienstlich verbindlich aufzubieten. Der von mir zu Rate gezogene Gutachter empfiehlt, den Artikel 66 der Zivilschutzverordnung durch einen neuen Absatz 3 so zu ergänzen, dass taktische Vorgesetzte (Ortschefs, Abschnittschefs und Sektorchefs) sowie Dienstchefs der Ortsleitung befugt sind, Unterstellte zu ausserdienstlichen unbesoldeten Dienstanlässen aufzubieten. Damit könnte diese Streitfrage aus der Welt geschafft werden. Zudem sollte - laut Gutachter - in der Verordnung eine Maximaldauer verankert werden, damit von vornherein dem «Übermarentgegengesteuert chen> kann.»



Spende Blut rette Leben



Der Blutspendedienst SRK

verarbeitet das freiwillig und unentgeltlich gespendete Blut sorgfältig zu transfusionsfertigen Blut- und Plasmapräparaten

versorgt unser Land jederzeit mit allen benötigten Blut- und Plasmapräparaten

stellt eine genügende Reserve an haltbaren Plasmapräparaten für den Kriegs- und Katastrophenfall sicher (Koordinierter Sanitätsdienst)

Blutspendedienst SRK Service de transfusion CRS Servizio trasfusione CRS



Zentrallaboratorium Laboratoire central Laboratorio centrale

Wankdorfstrasse 10 3000 Bern 22 Telefon 031 412201